

mitarbeiten 03/2020

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vollständig überarbeitete Neuauflage

Erfolgreich Fördermittel einwerben

Gemeinnützige Organisationen und Initiativen benötigen neben viel Idealismus und Engagement immer auch Geld. Der Weg zu einer Finanzierung führt dabei häufig über einen Projektantrag. Doch wie gelingt ein Antrag, der potentielle Fördermittelgeber überzeugt? Eine vollständig überarbeitete und aktualisierte Publikation der Stiftung Mitarbeit gibt praxisnahe Tipps und Tricks für das Schreiben von Projektanträgen.

Die Finanzierungsmöglichkeiten von gemeinnützigen Organisationen, Initiativen und Projekten hängen stark von deren Tätigkeitsbereich ab. Manches Engagement lässt sich gut über Spenden finanzieren (z. B. Kinder in Not, Katastrophenhilfe). In anderen Bereichen ist Spenden-Fundraising jedoch kaum oder nur erschwert möglich (z. B. politische Bildung).

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen bemühen sich deshalb um die Unterstützung durch institutionelle Geber. Unter diesem Begriff werden alle Institutionen zusammengefasst, die gemeinnützige Aktivitäten mit Finanzmitteln unterstützen. Das können Stiftungen sein, Bundes- und Landesministerien, Ämter und Behörden, kommunale und kirchliche Träger oder die Förderprogramme der EU. Schätzungen zufolge werden in Deutschland jährlich etwa 40 bis 55 Milliarden Euro von privaten oder öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Viele Anträge auf Fördermittel werden abgelehnt, weil die Antragsteller/innen Fehler machen oder ihr Vorhaben nicht gut präsen-

tieren. Dabei ist das sogenannte »grant writing«, also das Schreiben eines aussagekräftigen Projektantrags, ein Handwerk, dass sich lernen lässt.

Daniel Pichert ist langjähriger Berater von Non-Profit-Organisationen, er zeigt in der Publikation auf unterhaltsame Art und Weise, wie es gelingen kann, erfolgreich Fördermittel einzuwerben.



Grundsätzlich gilt: Das Schreiben von Projektanträgen nimmt viel Zeit in Anspruch und lässt sich in der Regel nicht nebenbei erledigen. Deshalb ist es für Initiativen wichtig, sich schon im Vorfeld einer möglichen Antragstellung zu fragen, ob sich der damit

verbundene Arbeitsaufwand überhaupt lohnt. Wie sind die Chancen auf Erfolg? Wie hoch ist die Bewilligungsquote? Lässt sich das Projekt gut in die Arbeit der eigenen Organisation integrieren? Und: Wieviel Geld benötigen wir eigentlich? Werden diese Fragen positiv beantwortet, beginnt eine sorgfältige Recherche: Welche Fördereinrichtungen gibt es? Welche Partner passen zu meinem Projekt? Was wird gefördert?

Fördernde Einrichtungen sind nicht immer operativ tätig. Deswegen benötigen sie Partner, die ihre Förderziele praktisch umsetzen. Wichtig ist: Fördernde Einrichtungen definieren nicht nur die Themen, die sie fördern, sondern auch die Regeln, nach denen gefördert wird. Zu den Regeln gehört, dass meistens nur zeitlich befristete Projekte unterstützt werden. Non-Profit-Organisationen, die auf der Suche nach einer institutionellen Förderung sind, können dies nicht auf dem Weg einer Projektförderung erreichen. Grundsätzlich ist das »Denken in Projekten« im Bereich der Fördermittelakquise eine gängige Grundhaltung. Um Fördermittel zu erhalten, müssen gemeinnützige Organisationen in der Lage sein, überzeugende Projektvorschläge zu konzipieren und in verständlicher Form zu erläutern.

Doch wie wählen fördernde Einrichtungen Projektanträge aus? Jeder Förderantrag wird gelesen und bewertet, auf die Begutachtung haben Außenstehende in der Regel keinen Einfluss. Für die Antragstellung ist es hilfreich, sich vor Augen zu führen, dass Menschen über den Antrag entscheiden, und darauf zu achten, den Antrag in Form und Inhalt so zu schreiben, dass es im Idealfall Freude macht, ihn zu lesen. Geldgeber haben in vielen Fällen nur den Projektantrag zur Verfügung, um zu überprüfen, ob eine Organisation für eine Zusammenarbeit infrage kommt. Das heißt, der Antrag muss den Adressaten überzeugen, es kommt auf die Qualität des Antrags an.

Generell gilt die Devise: Weniger ist mehr. Gutachter/innen bevorzugen Anträge, die in möglichst kurzer, verständlicher und

(Fortsetzung auf Seite 2)



anschaulicher Form umfassend über das geplante Vorhaben informieren. Zu den formalen Bedingungen einer guten Bewerbung gehören ein ausgewogenes Projektkonzept und belastbare Informationen zum Projektbudget und zu möglichen Projektpartnern. Damit die Qualität der Bewerbung stimmt, sind drei weitere Aspekte zu beachten und zu erläutern: das Alleinstellungsmerkmal, der Innovationsgehalt eines Projekts und der rote Faden, der sich in Form eines Leitmotivs durch den Antrag zieht.

In den letzten Jahren ist ein wahrer Boom an mehr oder weniger zugkräftigen Projektiteln zu beobachten. Ein guter Titel ist wichtig, er sollte aber zum Inhalt des Projekts passen. Wichtig ist, den Förderantrag so zu verfassen, dass die Kompetenzen der eigenen Organisation stimmig und selbstbewusst dargestellt werden und das Konzept auf die Ausschreibung und die Förderbedingungen des Gebers passgenau abgestimmt ist. Für manche (EU-) Anträge ist es sinnvoll, sich beim Formulieren der Projektanträge professionelle Unterstützung z. B. durch freiberufliche Expert/innen ins Boot zu holen.

Besondere Aufmerksamkeit sollten Antragsteller/innen der kurzen und möglichst prägnanten Zusammenfassung des Projekts widmen. Sie kann am Anfang oder am Ende eines Antrages stehen. Die Praxis zeigt, dass die Zusammenfassung bei der Begutachtung eines Projekts meistens als erstes gelesen wird. Sie spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle im Prozess der Begutachtung.

Während einige Geldgeber ihre Fördermittel kontinuierlich vergeben, koppeln andere Anbieter ihr Angebot an Bewerbungsfristen, die bei der Antragstellung eingehalten werden müssen. Hier heißt es, seine Arbeit an die entsprechenden Förderzyklen anzupassen – und die Bewerbung langfristig zu planen.

Daniel Pichert: Erfolgreich Fördermittel einwerben. Tipps und Tricks für das Schreiben von Projektanträgen. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 42, Bonn 2020, Verlag Stiftung Mitarbeit, ISBN 978-3-941143-42-5, 196 S., 12,00 Euro, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Verlagsprogramm

Bürgerbeteiligung in der Praxis

Wie geht gute Bürgerbeteiligung heute? Welche Verfahren und Methoden werden wann, wie und warum genutzt? Und welche guten Beispiele aus dem vielfältigen Beteiligungsalltag in Städten und Kommunen gibt es? Eine in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) entstandene Publikation der Stiftung Mitarbeit wirft einen kenntnisreichen Blick auf die vielschichtige Praxis der Bürgerbeteiligung im deutschsprachigen Raum.

Das Wissen um die Methoden, Verfahren und Anwendungsbereiche dialogorientierter Bürgerbeteiligung ist eine Voraussetzung, um im Themenfeld aktiv sein zu können. Die Publikation unternimmt einen sachkundigen und erfahrungsbasierten Streifzug durch die Welt der dialogischen Bürgerbeteiligung und Demokratie.

Die Herausgeber/innen stellen in einem einführenden Kapitel Grundlagen und Qualitätskriterien guter Bürgerbeteiligung vor und werfen einen Blick auf die aktuelle Beteiligungspraxis. Im Mittelpunkt des Buches stehen erprobte und der (Fach-)Öffentlichkeit geläufige Methoden der Bürgerbeteiligung wie auch weniger bekannte Verfahren.

Im Vergleich zu den bereits in den 1970er Jahren entwickelten Beteiligungsmethoden wie Planungszellen oder Zukunftswerkstätten ist die Bürgerausstellung eine noch eher neue Methode. Sie beteiligt verschiedene Interessengruppen, indem sie ihre Perspektiven, Meinungen und Vorschläge im Hinblick auf ein Problem oder einen Konflikt präsentiert. Stellvertretend werden einzelne Personen aus den Interessengruppen interviewt, fotografiert und auf Postern portraitiert. Die Ausstellung wird vor Ort und online zugänglich gemacht und ggf. mit anderen Beteiligungsformaten kombiniert. In dieser Form sind in den vergangenen Jahren in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, etliche Bürgerausstellungen durchgeführt worden.

Der Bürgerrat ist als ein Instrument der Politikberatung eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Politik, die in Österreich und neuerdings auch in Deutschland verstärkt Anwendung erfährt. Unterstützt durch eine spezielle Form der Moderation erarbeiten zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde, Region oder eines Bundeslandes an einem Wochenende Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen.

Dragon Dreaming ist eine hierzulande noch kaum genutzte Verfahren der Bürgerbeteiligung. Die Methode ist ein geeignetes Instrument, um Projekte durchzuführen, die vor allem im Bereich

der nachhaltigen Gemeinschaftsentwicklung angesiedelt sind. Dragon Dreaming stützt sich in der Umsetzung auf vielfältige Erkenntnisse und Inspirationen aus Geschichte, Wissenschaft und unterschiedlichen kulturellen und spirituellen Traditionen. Die Methode wurde erstmals im Rahmen eines Entwicklungshilfefprojekts im Hochland von Papua-Neuguinea angewandt.

Die Publikation richtet sich an Praktiker/innen und Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Stiftung Mitarbeit/ÖGUT (Hrsg.): Bürgerbeteiligung in der Praxis. Ein Methodenhandbuch. Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2018, Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 52, 320 Seiten, 17,00 Euro, ISBN 978-3-941143-36-4, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Klimaschutz, Bürgerbeteiligung und Demokratie

Wie lassen sich Energiewende und kommunaler Klimaschutz beteiligungsorientiert und im Dialog gestalten? Ein aktueller Themenschwerpunkt des Netzwerks Bürgerbeteiligung analysiert die demokratischen Anforderungen an eine komplexe Frage. Die Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis sind sich einig: Klimaschutz braucht demokratische Aushandlungsprozesse zwischen Politik, Verwaltung und der Bevölkerung.

Bürgerbeteiligung und die Einbeziehung von Interessengruppen sind entscheidend für Fortschritte auf dem Weg zu einem nachhaltigen Klimaschutz. Die aktive Beteiligung der Bürger/innen an Maßnahmen zum Klimaschutz setzt zweierlei voraus: eine Legitimation durch Verfahren und eine offene Auseinandersetzung mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen. Dies sollte auch Mitwirkungsrechte der Betroffenen an der Entscheidungsfindung einschließen.

Die Frage, welchen Beitrag Partizipation zur Bewältigung der Klimakrise leisten kann, ist durchaus umstritten. Rolf Schneiderei beschäftigt sich in seinem Gastbeitrag mit den Ursachen für die

Polarisierungen und Auseinandersetzungen rings um die Klimafrage. Er schlägt die Einsetzung von ausgelosten, repräsentativ zusammengesetzten Bürgerräten als Beratungsgremien für die Politik vor, um alle Blickwinkel und Perspektiven im Handlungsfeld wahrzunehmen, bestehende Widersprüche und Konflikte besser zu verstehen und gute Lösungen zu erarbeiten.

Wie können junge Menschen für kommunalen Klimaschutz interessiert und vielleicht sogar begeistert werden? Das Projekt »Lernfeld Kommune für Klimaschutz« gibt Impulse, wie Schulen, Kommunen und externe Bildungspartner zu einer dauerhaften Kooperation gelangen, die den Schüler/innen

eine Mitwirkung an der kommunalen Klimaschutzpolitik ermöglicht. Michael Danner berichtet über die Erfahrungen und Erkenntnisse bei der Umsetzung des Projekts an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Sein Fazit: Jugendliche wollen mehr sein als nur Adressaten von Appellen.

Die Stadt Heilbronn möchte den kommunalen Klima- und Umweltschutz im Alltag ihrer Einwohner/innen verankern. Deswegen hat sie im Jahr 2019 mit der Qualifizierung von 16 türkisch- und arabischstämmigen interkulturellen Umweltmentor/innen begonnen. Simon Oesterle und Lisa Schumann, Mitarbeiter/innen der Stabsstelle Partizipation und Integration der Stadt Heidelberg, erläutern in ihrem Beitrag die verschiedenen Aktionen und Formate, mit denen die interkulturellen Umweltmentor/innen mit Bürgerinnen und Bürgern über Nachhaltigkeit und Klimaschutz ins Gespräch kommen – und so im Kleinen Beiträge für den Klimaschutz und eine nachhaltige Lebensweise leisten.

Der vollständige Themenschwerpunkt mit allen Beiträgen im Netz unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Preisträger/innen stehen fest

Ausgezeichnet: Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat zusammen mit dem Umweltbundesamt im Rahmen eines Wettbewerbs Beispiele für vorbildliche Bürgerbeteiligung aus dem ganzen Bundesgebiet gesucht. Nun stehen die Gewinnerprojekte fest. Die Stiftung Mitarbeit hat in der interdisziplinär zusammengesetzten Preisjury mitgewirkt.

Ziel des zum zweiten Mal ausgelobten Wettbewerbs ist es, Strategien und Maßnahmen zur Verstärkung von Bürgerbeteiligung im öffentlichen Sektor sichtbar zu machen und dadurch zur Institutionalisierung guter Beteiligung beizutragen. Im Rahmen des Wettbewerbs konnten sich Organisationen in verschiedenen inhaltlichen Kategorien bewerben.

In der Kategorie »Von der Verwaltung vorangetrieben« zeichnete

die Jury die deutsch-schweizerische Hoahrheinkommission aus. Das Gremium hat im vergangenen Jahr drei Bürgerdialoge mit 170 zufällig ausgewählten Bürger/innen aus Deutschland und der Schweiz veranstaltet. Die Jury lobte die dialogische Stärkung des europäischen Zusammenhalts und der guten Nachbarschaft sowie das aktive Zuhören der Politik.

In der Kategorie »Von Bürgerinnen und Bürgern vorangetrieben« wurde die zivilgesellschaftlich

getragene Lokale Agenda-Arbeit im bayerischen Augsburg ausgezeichnet. Den Sonderpreis »Innovation« erhielt die Stadt Konstanz für die Institutionalisierung ihrer Beteiligungsaktivitäten. So gibt es dort nicht nur transparente Leitlinien für Bürgerbeteiligung und eine Vorhabenliste, sondern auch ein eigenes Bürgerbudget und einen Bürgerrat.

Ebenfalls ausgezeichnet wurde die Stadt Hoyerswerda, die im vergangenen Jahr erstmals einen Bürgerhaushalt aufgelegt hat. Durch ihre aktive Mitwirkung hat die Bürgerschaft dort nun die Möglichkeit, Einfluss auf die Verwendung öffentlicher Gelder zu nehmen. Die Bürger/innen können damit Projekte zur Umsetzung bringen, für die bisher im städtischen Haushalt kein Raum war.

Ausführliche Informationen zum Wettbewerb und zu allen nominierten Projekten im Netz unter <https://www.bmu.de/vorbildliche-buergerbeteiligung/>

Wie finden wir Gehör? Politische Kommunikation in der Kommune

Wenn sich Menschen in Vereinen und Initiativen zusammenschließen, wollen sie etwas erreichen und sich mit ihren Themen in den (lokalen) politischen Meinungsbildungsprozess einschalten. Aber wie gelingt es, in der politischen Arena Gehör zu finden? Wie können wir politische Forderungen und Vorschläge vor Ort so platzieren, dass sie etwas bewirken, ohne Energie an eine falsche Strategie zu verschwenden? Ob Bürgerbegehren und Bürgeranträge, Aktionen und Demonstrationen oder die

Nutzung von digitalen Beteiligungs- und Petitionsplattformen: Im Online-Seminar (2. Dezember 2020, 16.30–18:30 Uhr) erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer praxisnahe Einblicke in analoge und digitale Möglichkeiten der Beteiligung. Gute Beispiele sollen dabei helfen, die eigene politische Kommunikation in der Kommune zu verbessern und Forderungen in Zukunft noch besser zu platzieren.

Nähere Informationen bei Dr. Sybille De La Rosa (delarosa@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Konfliktmanagement in Beteiligungsprozessen

Meinungsverschiedenheiten gehören zu Beteiligungs- und Kooperationsprozessen wie die Hitze zum Feuer. Immer dann, wenn Menschen zusammenkommen, um gemeinsam Entscheidungen zu fällen oder Maßnahmen umzusetzen, treffen unterschiedliche Einstellungen, Sichtweisen, Kompetenzen und Potenziale aufeinander. Letztlich »leben« Beteiligungs- und Kooperationsprozesse von diesen Unterschiedlichkeiten, denn sie bieten die Grundlage für eine kompetente Meinungsfindung und eröffnen kreative Potenziale. Differenzen zwischen den Akteuren bergen also vielfältige Chancen, sie können aber auch zu Störungen, Spannungen und Konflikten im Prozess führen. Eine genaue Ursachenforschung und ein kompetentes Konfliktmanagement sind notwendig, wenn die im Prozess auftre-

tenden Schwierigkeiten verstanden und bewältigt werden sollen.

In diesem Seminar (30.–31. Oktober 2020, Mülheim an der Ruhr) wird gefragt, wie Konfliktsituationen frühzeitig erkannt und konstruktiv bearbeitet werden können. Verschiedene Konfliktarten und Konfliktauslöser sowie Möglichkeiten zur Situationsanalyse werden aufgezeigt. Vor allem geht es darum, erfolgversprechende und nachhaltige Wege zum Umgang mit Konflikten aufzuzeigen. Hierbei werden die Erfahrungen und Fragestellungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der eigenen Praxis einbezogen. Das Seminar richtet sich an Prozessverantwortliche in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Vereinspraxis: Satzung und Finanzierung

Die freiwillige Arbeit in Vereinen ist bereits zu Beginn durch juristische und finanzielle Besonderheiten gekennzeichnet. Wie formuliere ich eine Satzung? Wieviel kostet ein Eintrag ins Vereinsregister? Welche Bedingungen müssen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit erfüllt sein? Was gibt es im Vereinsalltag zu beachten? Und nicht zuletzt: Wie lässt sich die gemeinnützige Vereinsarbeit langfristig finanzieren? In der alltäglichen Praxis der Vereinsarbeit tauchen immer wieder neue Herausforderungen auf. Der Workshop (27.–28. November 2020 in Kassel) befasst sich mit vereins- und gemeinnützigkeitsrechtlichen Gründungsfragen und gibt einen Überblick über mögliche Finanzierungsmodelle. Die zweitägige Veranstaltung richtet sich insbesondere an engagierte Menschen, die einen Verein gründen möchten oder deren Verein sich momentan noch in der Gründungsphase befindet.

Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

2-teiliger Online-Workshop

Zivilgesellschaftliche Netzwerke partizipativ gestalten

Die Vernetzung von Akteursgruppen vor Ort ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um sich in einer Demokratie Gehör zu verschaffen. Es bedarf jedoch der sorgfältigen Vorarbeit, um ein gut funktionierendes Netzwerk zu initiieren. Der Workshop bietet einen praxisnahen Einstieg in die Planungen für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit.

In Teil 1 (30. Oktober 2020, 15:00 bis 17:00 Uhr) beschäftigen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Frage, wie es gelingen kann, Netzwerkpartner/innen zu finden (Stakeholder-Analyse) und dafür zu sorgen, dass Initiativen und Kooperationspartner/innen dauerhaft handlungsfähig bleiben.

Teil 2 (6. November 2020, 15:00 bis 17:00 Uhr) befasst sich mit der strategischen Ressourcenplanung im Rahmen gelingender Netzwerkarbeit.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) und Dr. Sybille De La Rosa (delarosa@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstr. 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Ulrike Sommer (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gefördert.